

„Sind natürliche Verbündete“

Außenminister Faurie bei Lateinamerika-Treffen in Berlin

Buenos Aires (AT/mc) - „Angesichts der aktuellen Spannungen im Welthandel müssen wir mit Deutschland zusammenarbeiten, um das System des Multilateralismus und des regelbasierten Handels zu verstärken und zu modernisieren.“ Diese Zielsetzung formulierte der argentinische Außen-



Jorge Faurie (l.) und Heiko Maas.

minister Jorge Faurie am Dienstag beim Lateinamerika- und Karibiktreffen, zu dem die deutsche Regierung nach Berlin eingeladen hatte.

Faurie traf im Rahmen seines Berlin-Aufenthalts mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas zusammen. Nach der Unterredung, bei der es sowohl um politische wie um wirtschaftliche Themen ging, erklärte Faurie: „Für Lateinamerika ist Deutschland ein außerordentlich wichtiges Land.“ Dies gelte mit Blick auf die ökonomische Entwicklung, auf die Investitionen, die deutsche Unternehmen in der Region getätigt haben sowie mit Blick auf die Rolle, die Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten im Einsatz für Werte wie Freiheit und Demokratie

hochgehalten habe.

Faurie hob hervor: „Deutschland und seine Unternehmen sind seit mehr als einem Jahrhundert in Argentinien aktiv. Es ist das neuntgrößte Investorenland in unserem Land, und wir können noch bessere Partner werden, da wir komplementär zueinander sind.“

Der argentinische Chefdiplomat dankte der deutschen Regierung für die guten Beziehungen, die sie besonders seit dem Amtsantritt von Mauricio Macri als Präsident mit Argentinien gepflegt habe. „Der Ratschlag der Regierung von Angela Merkel wirkte immer ermutigend und hat uns in unseren Wirtschaftsreformen bestärkt“, so Faurie.

Durch das multilaterale Treffen in Berlin will Deutschland seine lange vernachlässigten Beziehungen zu Lateinamerika und zur Karibik wieder in Schwung bringen. Deutschland zählt zu den stärksten Exportnationen. Aber in Lateinamerika hinkt die deutsche Wirtschaft weit

► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien

Trennendes überwinden.....	3
Generalstreik gegen Macri.....	4
Die Woche in Argentinien.....	5

Meinung

Macri bleibt als Kandidat.....	6
Im Blickfeld: Wahlen und Qualen	7
Randglossen	9

Wirtschaft

Der Strohhalm	10
Argentinien	12
Lateinamerika	13
Geschäftsnachrichten.....	14

Wirtschaftsübersicht

Grundlagen für die notwendige Exporterhöhung	15
---	----

hinter China und den USA her. Doch dies ist nicht der einzige Grund, warum Außenminister Maas jetzt seine Lateinamerika-Offensive startet.

„Wir sind nichts anderes als natürliche Verbündete“, sagte Maas in Gegenwart von rund 20 Außenministern. Er hob die gemeinsamen Werte hervor und das gemeinsame Interesse, internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen gegen nationale Alleingänge zu verteidigen.

„In einer Welt, in der das Recht des Stärkeren die Stärke des Rechts ersetzt, können Europa, Lateinamerika und die Karibikstaaten nur verlieren. Wir sind eben alle keine Supermächte“, sagte Maas.

Im April hatte er das Treffen mit einer Reise nach Brasilien, Kolumbien und Mexiko vorbereitet. Ziel ist es, neben den Wirtschaftsbeziehungen und der politischen Zusammenarbeit auch Netzwerke im gesellschaftlichen Bereich zu stärken. Dazu sollte bei der Konferenz eine Initiative für die Gleichberechtigung von Frauen ins Leben gerufen werden.

Vor allem die deutsche Wirtschaft setzt große Hoffnun-

gen in die Lateinamerika-Initiative. Sie könne „ein neues Momentum für unsere Kooperation“ sein, sagte Andreas Renschler, Vorsitzender des Lateinamerika-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. Er beklagte, dass nur 2,6 Prozent der deutschen Exporte in die Region gingen. Dabei habe Lateinamerika einen Anteil von sieben Prozent an der Weltwirtschaft.

Venezuela war das einzige Land der Region, das nicht nach Berlin eingeladen wurde. Der Machtkampf zwischen Präsident Nicolás Maduro und seinem Widersacher Juan Guaidó sollte keine größere Rolle bei der Konferenz spielen.

Venezuelas Vize-Außenminister Yván Gil kam trotzdem in die deutsche Hauptstadt. Er traf sich mit den Linken-Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko und Heike Hänsel und nahm an einer Protestveranstaltung gegen die Venezuela-Politik der Bundesregierung teil. Termine mit deutschen Regierungsvertretern hatte er aber nicht.

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410 C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 / 4780-4353
- ▶ Internet: www.tageblatt.com.ar
- ▶ E-Mail: info@tageblatt.com.ar
atda@tageblatt.com.ar (Digitale Ausgabe)
vereine@fibertel.com.ar (Gemeinschaften)
atpublicidad@fibertel.com.ar (Anzeigenabteilung)
- ▶ Twitter! @ATdeBuenosAires
- ▶ Facebook argentinischestageblatt
- ▶ Instagram arg_tageblatt

Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: N° 47.261.704

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)



**Medienpreis
Dialog für
Deutschland
2012**



**Swiss
Award 2013**

Trennendes überwinden

Festgottesdienst zum Nationalfeiertag

Buenos Aires (AT/mc) - Gemeinsamkeiten stärken und Trennendes überwinden - dies stand im Mittelpunkt der Predigt von Erzbischof Mario Poli, die dieser beim traditionellen Te Deum zum Nationalfeiertag am 25. Mai in der Kathedrale von Buenos Aires hielt. In Gegenwart von Staatspräsident Mauricio Macri, Vizepräsidentin Gabriela Michetti, Bürgermeister Horacio Rodríguez Larreta, Gerichtspräsident Carlos Rosenkrantz und den Spitzen der Streitkräfte warb Poli für einen „nationalen Pakt mit weitem und großzügigem Blick“. Dieser dürfe sich nicht an kurzfristigen Einzelinteressen orientieren. Vielmehr müsse er vor allem den Armen und Bedürftigen zugute kommen, die mittlerweile ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Der Erzbischof erinnerte daran, dass die Kirche bereits 2001 einen solchen Vorschlag gemacht habe. Dies zeige, wie sehr die Initiative überparteilich zu begreifen sei. Sie rufe alle maßgeblichen politischen Akteure dazu auf, sich mit „Intelligenz, Kreativität und Vorstellungskraft“ an einen Runden Tisch zu setzen. Dabei gelte es nicht die Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten hervorzuheben. „Die Gesellschaft ist nicht dafür da, geteilt zu werden. Man darf sich nicht daran gewöhnen, in ständiger Konfrontation zu leben.“

Poli nahm zudem Bezug auf Papst Franziskus, der einst selbst als Erzbischof von Buenos Aires den Gottesdienst zum Nationalfeiertag abhielt. „Er ist weiterhin der Meinung, dass die Politik ein grundsätzliches Vehikel ist, um eine Bürgergesellschaft aufzubauen.“

Der Erzbischof wandte sich jedoch nicht nur an die politische Klasse des Landes. Er kritisierte auch Medien und Meinungsforschungsinstitute. Diese säten oftmals Zweifel bezüglich der moralischen Integrität von Personen, die sich um öffentliche Ämter bewerben. „Nicht selten führt der mediale Effekt zu Konfusion und Mutlosigkeit“, argumentierte der Geistliche.

Poli würdigte in seiner Predigt Leben und Werk von Enrique Angelelli. Der einstige Bischof von La Rioja wurde 1976 von Schergen der Militärdiktatur umgebracht. Seine Seligsprechung erfolgte vor wenigen Wochen (wir berichteten). Einige konservative Kirchenkreise sehen dies auch kritisch, da Angelelli ihrer Meinung nach der Guerrilla-Organisation „Montoneros“ zu nahe gestanden sei.

Seitens der Nationalregierung zeigte man sich recht zufrieden mit der Predigt. Schließlich blieben scharfe



Erzbischof Mario Poli und Präsident Mauricio Macri.

kritische Töne wie vor zwei Jahren diesmal aus. Damals ging Poli die Regierung angesichts von Armut und sozialer Ungleichheit hart an.

Kabinettschef Marcos Peña versuchte, die Forderungen des Erzbischofs nach einem „nationalen Pakt“ ganz im Sinne der jüngsten Regierungsinitiative zu deuten. Diese hat zum Ziel, Repräsentanten verschiedener Parteien und Organisationen zum Gespräch in die Casa Rosada einzuladen. Auch Innenminister Rogelio Frigerio meinte: „Wir reden über ähnliche Dinge.“

Am 25. Mai wird in Argentinien der Mai-Revolution von 1810 gedacht, als es zur Erhebung gegen die spanische Kolonialmacht kam. Sie mündete sechs Jahre später in der Unabhängigkeit des Landes. Der Festgottesdienst war in der jüngsten Vergangenheit auch von politischen Querelen belastet. So feierten die Spitzen von Staat und Kirche das Te Deum zeitweise getrennt. Während der Kirchner-Jahre wichen die Vertreter der Nationalregierung in den Wallfahrtsort Luján aus, um die kritischen Worte des damaligen Erzbischofs Jorge Bergoglio nicht hören zu müssen.

Generalstreik gegen Macri

Buenos Aires (dpa) - Ein 24 Stunden langer Generalstreik hat Argentinien weitgehend lahmgelegt. Mit dem Ausstand hat der Gewerkschaftsbund CGT am Mittwoch erneut gegen die Wirtschaftspolitik von Präsident Mauricio Macri protestiert. Ihr lasten die Gewerkschafter eine hohe Inflation, eine fallende Industrieproduktion, den Anstieg der Kosten öffentlicher Dienstleistungen sowie die hohe Arbeitslosigkeit an.

Streikposten blockierten am Mittwochmorgen mehrere der wichtigsten Zufahrtsstraßen nach Buenos Aires. Die öffentlichen Transportmittel standen still. Die staatliche Luftfahrtgesellschaft Aerolíneas Argentinas strich 330 Flüge. In der Landwirtschaft machte sich der Streik weniger stark bemerkbar.

Das Land befindet sich in einer heftigen Rezession. „Wenn die Regierung nicht sofort Maßnahmen einleitet, wird die Wirtschaftskrise nur schlimmer werden“, erklärte CGT-Generalsekretär Rodolfo Daer einem örtlich Radiosen-

der. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2018 um 2,5 Prozent gefallen. Es war bereits der fünfte Generalstreik seit der Amtsübernahme Macris im Jahr 2015. Nach Schätzung der Regierung gingen mit dem Streik 40,5 Milliarden Peso verloren.

Die Regierung hofft auf Deviseneinnahmen dank einer guten Soja- und Getreideernte. „Wir sind überzeugt, dass wir uns auf dem Weg eines wirklichen Fortschritts befinden“, twitterte Macri am Dienstag.

Sicherheitsministerin Patricia Bullrich bezeichnete den Ausstand als „undemokratisch“. Der Streik sei von den Gewerkschaftern ausgerufen worden, weil sie nicht die Politik der Regierung teilten. Mehrere Gewerkschaftsführer unterstützen die Kandidatur des ehemaligen Kabinettschefs Alberto Fernández, mit Ex-Staatschefin Cristina Fernández als Bewerberin für das Vizepräsidenten-Amt.

Die Woche in Argentinien

UCR weiter in „Cambiamos“

Buenos Aires (AT/mc) - Die Radikale Bürger Union (UCR) will auch zukünftig Teil der Regierungskoalition „Cambiamos“ (Verändern wir) sein. Dafür votierte am Montag mit überraschend großer Mehrheit (271 zu 14 Stimmen) der Parteitag der traditionsreichen Partei. Allerdings forderten die Radikalen bei der Veranstaltung im Parque Norte von Buenos Aires auch, das Regierungsbündnis breiter aufzustellen und neu zu diskutieren, wer neben Präsident Mauricio Macri als Vizepräsidentenkandidat in die diesjährigen Wahlen geht. Bislang wird das Amt von Gabriela Michetti bekleidet, die wie Macri der PRO-Partei angehört. Doch die Radikalen liebäugeln mit einem Kandidaten aus ihren Reihen. Rundherum zufrieden ist die UCR ohnehin nicht in der Regierungallianz. So formulierte Parteichef Alfredo Cornejo: „Wir haben mit Cambiamos zwar einige Dinge erreicht. Aber wir haben es nicht geschafft, die Armut zu reduzieren. Zudem ist das Land verschuldeter, und wir haben auf wirtschaftlicher Ebene keine Erfolge erzielt.“ Dies gelte es, klar festzustellen und Alternativen aufzuzeigen, so Cornejo, der derzeit Gouverneur der Provinz Mendoza ist. Um die Forderungen nach einer Kurskorrektur durchzusetzen, hat die UCR einen Ausschuss gebildet, der mit den Koalitionspartnern verhandeln soll.

Macri knapp vorne

Die Umfragen zur Präsidentenwahl hatten in den vergangenen Wochen entmutigende Prognosen für Amtsinhaber Mauricio Macri ergeben. Doch nun veröffentlichte die Zeitung „Clarín“ eine Umfrage des kleinen, aber renommierten Meinungsforschungsinstituts „Opinaia“, die den amtierenden Staatschef in einer möglichen Stichwahl knapp vorne sieht. Demnach käme dieser auf 51 Prozent der Stimmen, während das Herausforderer-Duo Alberto Fernández und Cristina Fernández de Kirchner nur 49 Prozent erreichen würde. Letzteren trauen die Meinungsforscher zwar noch zu, im ersten Durchgang mit 32 Prozent am besten abzuschneiden, während Macri sich hier mit 27 Prozent begnügen müsste. Doch die vielen Unentschlossenen würden in der Stichwahl letztlich doch den Ausschlag geben und Macri eine zweite Amtszeit als Präsident bescheren. Dass es zu der genannten Konstellation in der Stichwahl kommt, scheint eindeutig: Ex-Wirtschaftsminister Roberto Lavagna ist laut der Umfrage mit zehn Prozent fast ebenso weit davon entfernt wie Sergio Massa (9 Prozent), sich für die Stichwahl zu qualifizieren.

Unterführung fertig

Seit Montag gibt es im Bereich zwischen Puerto Madero

und dem Microcentro von Buenos Aires eine enorme Erleichterung für alle Verkehrsteilnehmer. Im Beisein von Präsident Mauricio Macri und Bürgermeister Horacio Rodríguez Larreta wurde der „Paseo del Bajo“ feierlich eingeweiht. Dabei handelt es sich um eine Unterführung exklusiv für Lkws und Busse. Erreicht werden soll eine Entlastung des ebenerdigen Verkehrs auf den Straßen Eduardo Madero, Ingeniero Huego und Alicia Moreau, auf denen nun mehr Platz für den Pkw-Verkehr ist. Durch die Maßnahme werden zudem die Autobahnen „Illia“ und Buenos Aires - La Plata viel besser miteinander verbunden als bisher. Nicht zuletzt soll es zukünftig auch für Fußgänger viel leichter sein, von der Innenstadt zum Puerto Madero zu gelangen.

Hohe Geldsummen

Bei den aktuellen Korruptionsverfahren gegen Amtsträger der Kirchner-Zeit geht es nicht nur um mögliche Gefängnisstrafen, sondern auch um viel Geld, das gepfändet werden könnte bzw. bereits beschlagnahmt wurde. Nach Auskunft der Antikorruptionsbehörde (OA) belaufen sich die Konfiszierungen auf umgerechnet fast 7 Milliarden Dollar - und dies betrifft nur die Verfahren, bei denen die genannte Behörde als Nebenklägerin auftritt. Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, die sich bei den kommenden Wahlen um das Amt der Vizepräsidentin bewirbt (wir berichteten), muss bereits jetzt damit leben, dass die Justiz ihr Vermögen bis zu einer Höhe von 256 Millionen Dollar eingefroren hat. Im Falle von Cristinas einstigem Infrastrukturminister Julio De Vido beträgt das blockierte Barvermögen 246 Millionen Dollar.

Recht auf Abtreibung

Im vorigen Jahr waren sie mit ihrem Vorhaben noch knapp im Senat gescheitert. Nun nehmen die Aktivistinnen und Aktivisten für eine Legalisierung der Abtreibung einen neuen Anlauf. Am Dienstag präsentierte die „Kampagne für das Recht auf legalen, sicheren und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch“ eine neue entsprechende Gesetzesinitiative. Zahlreiche Unterstützerinnen waren mit den charakteristischen grünen Halstüchern vor den Kongress gezogen, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. „Wir reichen das Gesetzesprojekt nicht nur deswegen erneut ein, weil wir weiter für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch kämpfen. Wir wollen auch den Zugang zu straffreier Abtreibung sowie eine umfassende sexuelle Aufklärung sichergestellt wissen“, sagte die Mitorganisatorin Victoria Freire. (AT/mc)

Macri bleibt als Kandidat

Von Juan E. Alemann

Obwohl Präsident Mauricio Macri schon vor einigen Wochen bestätigt hat, dass er sich zur Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode stellt, war in letzter Zeit davon die Rede, dass er von María Eugenia Vidal oder sonst jemand ersetzt würde. Das hat jedoch keinen vernünftigen Sinn. Wenn die Koalition Cambiemos einen anderen Kandidaten aufstellt, dann gibt sie zu, das sie in ihrer ersten Regierung versagt hat, und dann könnte sie kaum eine Wahl gewinnen. Vidal als Kandidatin wäre aus dem einfachen Grund nicht möglich, dass Cambiemos dann die Wahl in der Provinz Buenos Aires bestimmt verlieren würde.

Die kommenden Wahlen stehen jetzt noch deutlicher im Zeichen des Gegensatzes zwischen Mauricio Macri und Cristina Kirchner als bisher. Die dritte Möglichkeit, nämlich der traditionelle Peronismus, der in "Alternativa Federal" zum Ausdruck kommt, ist geplatzt, nachdem es nicht möglich war, einen Kandidaten aufzustellen, der dann von allen unterstützt wird. Lavagna macht nicht mit, und hat seine Kandidatur abseits dieser Gruppe aufgestellt, womit er sie schwächt, ohne selber die Möglichkeit zu haben, die Wahl zu gewinnen. Die anderen Spitzenfiguren, die in der Vorwoche zusammengekommen sind, Schiaretti, Massa, Urtubey und Pichetto, haben schließlich beschlossen, dass der Kandidat aus den Primärwahlen (PASO) hervorgehen müsse. Diese Wahlen finden jedoch erst in zweieinhalb Monaten statt, während die Wahlkampagne jetzt auf vollen Touren läuft, und somit verpasst wird. Außerdem war davon die Rede, dass "Alternativa Federal" zusammen mit anderen Politikern (wie Margarita Stolbitzer) und Parteien, wie der Sozialismus von Santa Fé, auftritt, was eine breitere Grundlage für die Wahlen schaffen würde. Doch nicht-Peronisten können sich nicht für den Justizialismus aufstellen.

Cristina dürfte mit der Aufstellung des farblosen Peronisten Alberto Fernández als Präsidentschaftskandidaten auch beabsichtigt haben, Wähler zu gewinnen, die eigentlich zum Lager von "Alternativa Federal" gehören. Das dürfte ihr in vielen Fällen gelingen, umso mehr, wenn viele Wähler merken, dass diese Gruppe politisch nicht vorankommt. Sergio Massa, der eine eigene Gruppe, den "Frente Renovador" (Erneuerungsfrente) leitet, interessiert schließlich nur die Möglichkeit, an die Macht zu gelangen. Dass er bei "Alternativa Federal" mitgemacht hat, bedeutet gar nichts. Er ist mit Alberto Fernández persönlich befreundet, und war auch dessen Nachfolger als Kabinettschef. Er kann jederzeit zu Cristina übergehen.

Macri kann die Wahl mit seinen eigenen Wählern, die zu den Reihen vom PRO, der UCR und der Coalición Cívica gehören, plus vielen Unabhängigen, die ihm ideologisch nahe stehen, nicht gewinnen. Er braucht auch Stimmen von Wählern von "Alternativa Federal", die sich bei der Polarisierung für ihn und nicht für Cristina entscheiden, und ganz besonders derjenigen, für das Wichtigste darin besteht, dass Cristina nicht wiederkommt. In diesem Sinn ist die Schwächung von Cristina wichtig. Die Kirchner-Korruption muss weiter hervorgehoben und verbreitet werden, die Prozesse, die gegen sie und ihre Bande bestehen, müssen beschleunigt werden, und wenn möglich vor den Wahlen in Urteilen gegen sie enden. Und wenn möglich, muss auch auf gestohlenen Staatsvermögen gegriffen werden, um es sofort für soziale Zwecke einzusetzen.

Die Regierung stützt die Wahlkampagne einmal auf die zahlreichen beeindruckenden Infrastrukturinvestitionen, die nach und nach beendet werden. Doch das genügt bei Weitem nicht. Sie muss auch eine spürbare Konjunkturerholung erreichen, und das sollte nicht so schwierig sein.

Im Blickfeld

Wahlen und Qualen

Von Stefan Kuhn

Als überzeugter Europäer könnte man mit dem Gesamtergebnis der Europawahl zufrieden sein. Die rechtsextreme oder rechtspopulistische Revolution ist ausgeblieben, die Wahlbeteiligung ist gestiegen. Konservative, Sozialdemokraten, Liberale und Grüne stellen mehr als zwei Drittel der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die Europäische Union hat dort deutlich mehr Befürworter als Gegner.

Doch ganz so einfach ist die Sache nicht, denn in manchen Mitgliedsstaaten brennt es. In Frankreich und Italien sind rechtsextreme und europafeindliche Parteien zur stärksten Kraft geworden. Bedenklich ist dabei vor allem Italien, wo die vom Innenminister Matteo Salvini geführte Lega mit über 34 Prozent gewann. Vor fünf Jahren hatte die Partei noch bei 6,2 Prozent gelegen. Allerdings sind Europawahlen immer noch eine Art Protestwahlen. Sie spiegeln die Lage im jeweiligen Land mehr wider, als die europäische Politik. In Italien sind die Menschen mit der Regierung zufrieden. Bedenklich dabei ist, dass sich die Kräfte innerhalb der Regierung verschoben haben. Der radikalere, fremdenfeindliche Teil der Regierung ist jetzt der stärkere, und das EU-Gründungsmitglied Italien liegt bei der Zustimmung zur EU mit 43 Prozent auf dem letzten Platz.

Dass in Frankreich Marine Le Pens Nationale Bewegung wie vor fünf Jahren gewann, liegt an der Unzufriedenheit mit der Regierung von Präsident Emmanuel Macron. Deutschland dürfte an der Wahlniederlage Macrons auch eine Teilschuld tragen. Die Vorstöße des französischen Präsidenten zu einer Erneuerung der EU wurden von Bun-

deskanzlerin Angela Merkel äußerst kühl aufgenommen.

Eindrucksvoll ist das Ergebnis in Österreich. Die konservative ÖVP des am Montag abgesetzten Bundeskanzlers Sebastian Kurz wurde mit 34,55 Prozent Wahlsieger. Die vom Ibiza-Skandal betroffene FPÖ erreichte immerhin noch 17,2 Prozent, nur 2,5 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Gegenüber der Nationalratswahl Ende 2017 sind die Verluste allerdings deutlicher: Damals kamen die Freiheitlichen auf fast 26 Prozent. Ex-Kanzler Kurz dürfte nach dem Europawahlergebnis gelassen für September geplanten Neuwahlen zum nationalen Parlament gehen.

In Deutschland stand Europa im Vordergrund des Urnengangs. Am deutlichsten sieht man das am Wahlergebnis in Bayern. Während die CDU im Rest der Republik deutliche Einbußen hatte, legte ihre Schwesterpartei CSU in Bayern zu. Das lag wohl daran, dass Manfred Weber, der Spitzenkandidat der konservativen Europäischen Volkspartei, aus Bayern kommt und CSU-Mitglied ist. Nicht zufällig wurden die niederländischen Sozialdemokraten, aus deren Reihen Webers Hauptgegner Frans Timmermans stammt, erstmals seit langem wieder stärkste politische Kraft in den Niederlanden.

Ein anderes Zeichen ist die hohe Wahlbeteiligung. Sie lag mit 61,4 Prozent mehr als 13 Prozentpunkte höher als 2014. Gegenüber den Europawahlen von 2009 und 2004 beträgt die Differenz sogar fast 20 Prozentpunkte. Seit in vielen Mitgliedsländern die EU-Feindlichkeit zunimmt, besinnen sich viele Bürgerinnen und Bürger auf die positiven Seiten der Europäischen Union. Dazu kommt auch

die neu erstarkte Umweltbewegung, die die Grünen in Deutschland zur zweitstärksten politischen Kraft gemacht haben. Vor allem junge Wähler/innen haben den Altparteien CDU und SPD den Rücken gekehrt.

Kurz vor den Wahlen gab es Aufregung um ein Video des deutschen Youtube-Stars Rezo. In dem Beitrag rät dieser davon ab, CDU (und SPD) zu wählen. Mag sein, dass dies Auswirkungen auf das Wahlverhalten von jüngeren Wähler/innen hatte. Doch junge Menschen, die sich in der Klimabewegung engagieren, dürften kaum die Absicht gehabt haben, ihr Kreuzchen bei den Unionsparteien zu machen. Die gewaltigen Stimmenzuwächse bei den Grünen haben wohl damit zu tun, dass diese für eine glaubwürdige Klimapolitik stehen. Natürlich auch damit, dass sie nicht an der Bundesregierung beteiligt sind und damit keine Kompromisse machen müssen. Das gute Abschneiden der Grünen ist natürlich ein starkes Signal an Brüssel, aber auch für Berlin.

Ein weiteres, das heißt weitaus düsteres Signal ist das Abschneiden der AfD in den Bundesländern im Osten. In Sachsen (25,3%) und Brandenburg (19,9%) wurden die Rechtspopulisten stärkste Partei, in Thüringen (22,5%) kamen sie auf den zweiten Rang. In den drei Bundeslän-

dern finden im September bzw. Oktober Landtagswahlen statt. Ergebnisse in dieser Größenordnung sind vor allem deshalb erschreckend, weil die AfD im Osten der Republik wesentlich (rechts)extremer auftritt. Der Thüringer Landesvorsitzende Bernd Höcke, der offen Geschichtsklitterei betreibt und rassistische Äußerungen von sich gibt, wäre in der NPD vermutlich besser aufgehoben als in der AfD, die sich im Westen gerne einen nationalkonservativen und europakritischen Anstrich gibt. Man muss sich fragen, ob die AfD im Osten nicht trotz Politikern wie Höcke gewählt wird, sondern wegen ihnen.

Fast schon ein Treppenwitz der Geschichte war die Teilnahme Großbritanniens und Nordirlands an den Europawahlen. Dort wurde die neugegründete Brexit-Partei von Nigel Farage mit 31,6 Prozent stärkste Kraft. Überraschend ist das nicht, denn vor fünf Jahren holte Farage mit der UKIP 26,6 Prozent. Das war auch damals Platz 1. Das Ergebnis könnte allerdings bedeuten, dass die regierende Konservative Partei, sie kam mit 9,1 Prozent nur auf den 5. Platz, nervös wird und auf einen ungeordneten Brexit zusteuert. Dann wäre die Brexit-Partei Geschichte.

Randglossen

Alberto Fernández hat seine neue politische Karriere mit einem Fehltritt begonnen: Er hat die Richter bedroht, die sich mit der Kirchner-Korruption und besonders mit den Fällen befassen, die Cristina direkt betreffen. Das hätte er nicht tun dürfen, da er dabei zugibt, dass er als Präsident in die Justiz eingreifen will, was ein grober Verstoß gegen die Gewaltenteilung darstellt, auf der die Demokratie und die Republik fußen. Ein Präsidentschaftskandidat muss beteuern, dass er für eine unabhängige Justiz eintritt, auch wenn er sie nachher doch beherrschen will. Alberto Fernández erreicht mit seiner Drohung nur, dass die Richter jetzt die Verfahren beschleunigen und eventuell Cristina in Kürze verurteilen, was ihr und ihm bei den Wahlen schaden würde.

Der Gewerkschaftsbund CGT hat am Mittwoch das Land lahmgelegt. Dabei ging es bei dieser gewerkschaftlichen Maßnahme gar nicht um Lohnforderungen oder Arbeiterrechte. Vielmehr stand die Wirtschaftspolitik von Präsident Mauricio Macri allgemein am Pranger. Die Regierung schätzt den durch den Ausstand mutwillig herbeigeführten volkswirtschaftlichen Schaden auf rund 40,5 Milliarden Peso. Ob dies den Arbeitern und Angestellten nützt? Wohl kaum. Nicht wenige von ihnen dürften sich hingegen geärgert haben, dass gewerkschaft-

liche und politische Aktivisten die Zufahrtsstraßen zur Hauptstadt blockierten. Man stelle sich einmal vor: In Deutschland würden Gewerkschaften oder Parteien zur Untermauerung ihrer Forderungen die Autobahnen zu deutschen Metropolen sperren. Mit legitimen Arbeitskampfmitteln hat es nichts zu tun. Es wäre nichts weiter als eine Straftat.

Nach der Fußball-Meisterschaft haben die Münchener Bayern nun auch noch den DFB-Pokal gewonnen. Insgesamt war es der 29. Meistertitel und der 19. Pokalsieg. In den letzten sieben Spielzeiten hieß der deutsche Fußball-Champion immer FC Bayern. Die Dominanz der einen Mannschaft erinnert schon an den DDR-Serienmeister BFC Dynamo Ost-Berlin. Der Club von Stasi-Chef Erich Mielke gewann zwischen 1979 und 1988 zehnmal hintereinander die ostdeutsche Meisterschaft. Während dieser von sportpolitischer Einflussnahme profitierte, distanzieren die Münchener ihre Konkurrenz einfach durch die plumpe Macht des größeren Geldbeutels. Die Methoden sind nicht vergleichbar. Das Resultat aber ähnlich: Eine große, große Langweile. Auf Dauer jedenfalls nicht gut für den deutschen Fußball.

Der Strohmann

Als Strohmann (auf spanisch testafarro) wird jemand bezeichnet, der Besitz auf seinen Namen hat, der jedoch in Wirklichkeit einem Anderen gehört. In der Rechtsordnung ist dies nicht vorgesehen, weder in Argentinien noch sonstwo, so dass der Strohmann als echter Besitzer auftritt und der wirkliche Besitzer auf den guten Willen des Strohmannes angewiesen ist. Eventuell kann es einen Vertrag zwischen beiden geben, der jedoch eine zweifelhafte Gültigkeit hat, vor allem wenn der wirkliche Besitzer des Vermögens den Vertrag beim Steueramt nicht abgegeben hat. Es gibt weltweit unzählige Fälle, in denen ein Strohmann das Vermögen, das auf seinen Namen lautet, schließlich behalten hat, vor allem, wenn der echte Besitzer gestorben ist und die Erben nicht oder nur unvollständig über den Fall unterrichtet sind, oder eine konfliktive Beziehung zum Strohmann haben.

Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass Lázaro Báez Strohmann von Néstor Kirchner war. Er war ein kleiner Stift in der Bank von Santa Cruz, der dann die Beziehung zu Néstor Kirchner aufnahm, schon als dieser Gouverneur war, und diesem über die Kredite der Bank und die Kunden Bericht erstattete. Als NK Präsident wurde, hat er sofort eine Baufirma, Austral Construcciones, gegründet, ohne über Kapital zu verfügen. Denn er war damals bettelarm. Dennoch erhielt dieses Unternehmen dann den allergrößten Teil der Zuteilung des Baus von Straßen, die in der Provinz gebaut wurden. Und es waren sehr viele, wobei die meisten unnötig waren und Báez viele auch nicht beendet hat. Rein formell wäre dies nicht möglich gewesen, da ein Bauunternehmen nur öffentliche Aufträge im Verhältnis zum Umfang der Arbeiten erhält, die es schon vorher vollzogen hat. Ein Sprung, wie der von Báez, ist formell nicht möglich. Doch Nestor Kirchner hielt sich auch hier nicht an Formalitäten. Außerdem wurde auf Anordnung von Néstor Kirchner das bisherige Zahlungssystem geändert, so dass Báez Vorschüsse erhielt, ohne die er die Arbeit bei den öffentlichen Aufträgen nicht hätte

beginnen können, weil er kein Kapital besaß. Außerdem erhielt Báez hohe Kredite der Banco Nación, für die er gewiss nicht qualifizierte. Später hat Báez dann auch die Bauunternehmen Gotti und Kank & Costilla übernommen, die in der Provinz Santa Cruz führend waren, deren Besitzer verkaufen mussten, weil sie keine Aufträge der Provinzregierung und der Bundesregierung erhielten. Er hatte somit in der Provinz keine Konkurrenz.

In 11 Jahren erhielt Báez 52 Bauaufträge, meistens für Straßen. An diesen Aufträgen hat er so viel verdient, dass er Landgüter und alles mögliche kaufen konnte. Sein Vermögen wurde schließlich von den gerichtlich verpflichteten Fachleuten auf umgerechnet über u\$ 200 Mio. berechnet.

Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass Báez ein Strohmann von Néstor Kirchner war. Denn sonst hätte es keinen Sinn gehabt, dass die staatlichen Ämter, die für Zuteilung von Infrastrukturprojekten zuständig sind, an erster Stelle das Straßenbauamt "Vialidad Nacional", ihn so unverschämt begünstigten. Dennoch gibt es formell keinen Beweis, eben weil die Rechtsordnung am Thema vorbeigeht.

War er nur ein Strohmann von Néstor Kirchner, dann bedeutet das, dass er ab dessen Tod, im Oktober 2010, einer von Cristina Fernández de Kirchner, ihrem Sohn Máximo und ihrer Tochter Florencias sein muss. Doch das war bisher nicht geklärt worden. Jetzt wurde eine telefonische Abhörung bekannt, die ein Richter angeordnet hatte, in der Lázaro Baez sagt, "dass alles was er hat, einer Person gehört, die dort oben ist". Es besteht kein Zweifel, dass sich dies auf Néstor Kirchner bezieht. Die Zeitung Clarín berichtet, dass diese telefonische Abhörung von den Richtern, die für den Prozess verantwortlich sind, der gegen Báez wegen seiner illegalen oder korrupten Bereicherung läuft, als Beweis dafür genommen wird,

dass sein Vermögen Cristina Kirchner gehört. Was im Grunde selbstverständlich ist. Báez hat dieses Telefongespräch zunächst dementiert, aber es besteht eben, und er kann nicht leugnen, dass er es war, der sprach, und nicht jemand anderes.

Báez muss jetzt vor Gericht bestätigen, was er telefonisch gesagt hat. Tut er es, dann kann zweierlei geschehen: entweder Cristina und ihre Kinder geben zu, dass das Báez-Vermögen ihnen gehört, oder sie verneinen es. Im ersten Fall haben diese Erben von Néstor Kirchner zunächst ein steuerliches Problem, weil sie dies nicht angegeben und die Vermögenssteuer u.a. Steuern nicht gezahlt haben. Dann wäre auch die Vermögenserklärung von Cristina, die Richter Oyarbide für richtig erklärt hat, obwohl sie hinten und vorne nicht stimmte, noch unvollständiger, was die Wiederaufnahme des Prozesses wegen illegaler Bereicherung von Cristina Kirchner noch mehr rechtfertigt.

Wenn Cristina jedoch verneint, die wirkliche Besitzerin des Báez-Vermögens zu sein, dann hätte dieses Vermö-

gen keinen Besitzer, so dass es dem Staat gehört. Dann könnte der Staat die Landgüter von Báez in Santa Cruz, seine weiteren Immobilien, seine Automobile und was er sonst noch als Strohmännchen ausweist, direkt übernehmen und verkaufen. Auch wenn die "Estancias" in Santa Cruz nicht viel wert sind, dürfte doch ein ansehnlicher Betrag zusammenkommen.

Báez kann zwar seine telefonische Erklärung nicht zurückziehen, aber er dürfte versuchen, sie so auszulegen, dass ihm Néstor Kirchner nur geholfen hat, weil er ein guter Freund war. Allerdings war es eine Freundschaft, die erst entstand, als Lázaro Báez begann Geschäfte in großem Stil zu machen. Was immer Báez jetzt erzählt ist ungläubhaft und, wenn er nicht zugibt, der Strohmännchen der Kirchners zu sein, muss er vom Richter als Lügner eingestuft werden, was seine gerichtliche Lage verschlechtert. Das sollte ihm von vornherein klar gemacht werden.

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 45,78, gegen \$ 46,05 eine Woche zuvor. Die ZB hat erneut u\$ 60 Mio. durch öffentliche Ausschreibung verkauft. Die ZB-Reserven betrugen zum Mittwoch u\$ 64,68 Mrd., gegen u\$ 67,04 Mrd. am Mittwoch der Vorwoche. Der Rückgang ist u.a. auf eine weitere Zahlung an den Pariser Klub zurückzuführen, dieses Mal von u\$ 459 Mio., die mit dem in der Vorwoche gezahlten Betrag u\$ 1,86 Mrd. ausmachen. Die Schuld mit dem Pariser Klub, die 2002 in Default geraten war und 2014 konsolidiert und von der argentinischen Regierung anerkannt wurde, beträgt jetzt noch u\$ 1,9 Mrd., die im Mai 2020 verfallen. Der Rofex-Terminkurs lag zum 30.4.20 bei \$ 70,40, was einen Jahreszinssatz von 64,38% zum Ausdruck bringt.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Mittwoch einen Kursverlust von 1,77%, und liegt somit um 12,13% unter Ende Dezember 2018.

Die argentinischen Staatspapiere verzeichnen allgemein in einer Woche zum Mittwoch Kursverluste. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2021: -0,93%; Argentina 2022: -9,44%; Argentina 2026: -0,65%; Argentina 2046: -0,48%, Bonar 2024: -0,15%.

Die Geldmenge, definiert als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) verzeichnet in 12 Monaten zum 27.5.19 eine Zunahme von 37,10%, bei einer Abnahme von 5,97% in den letzten 30 Tagen. Dabei ist jedoch der Bargeldumlauf in 12 Monaten nur um 11,50% gestiegen, während die Bankdepositen bei der ZB um 115,16% zunahmen. Das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen, das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, stieg in dieser Periode um 12,18%.

Die gesamten Pesodepositen der lokalen Banken stiegen in 12 Monaten zum 27.5.19 um 34,25% auf \$ 3,1 Bio., und die gesamten Pesodepositen nahmen um 1,17% auf \$ 1,60 Bio zu. Die Dollardepositen stiegen in dieser Periode um 16,99% auf u\$ 35,54 Mrd., und die Dollarkredite nahmen um 3,10% auf u\$ 16,08 Mrd. ab.

Das Schiedsgericht der Weltbank ICSID (auf spanisch CIADI), hat den argentinischen Staat zu einer Zahlung von u\$ 320 Mio. an die spanische Marsans wegen der Enteignung von Aerolíneas Argentinas verurteilt, die 2008 erfolgte. Das staatliche Luftfahrtunternehmen AA war 1990 privatisiert worden, und wurde zunächst an die spanische Iberia übertragen, die es später weiter verkaufte, bis es bei Marsans landete. Die Privatisierung fiel damals mit der internationalen Megakrise der Luftfahrt zusammen, bei der viele erstklassige Unternehmen, wie Eastern, Panamerican, Swissair u.a aufgeben mussten. AA hat die Staatskasse seit der Rückverstaatlichung mehrere Milliarden Dollar gekostet.

Die Regierung hat den Institutionen, die private Gesundheitsdienste bieten ("prepagas") eine Erhöhung der Tarife von 17,5% erlaubt, davon 5,5% im Juli, 6% im August und 6% im September. Die Erhöhung wird in diesem Jahr bis Ende September insgesamt 26,3% betragen. 2018 hatte es fünf Erhöhungen gegeben, die insgesamt 42,2% ausmachten.

Die starken Regenfälle in den USA haben die Aussaat von Getreide und Ölsaaten verspätet, und das hat die Preise um ca. 20% in die Höhe getrieben. Sojabohne wurde in Chicago zu u\$ 320 je Tonne gehandelt und hat dabei den Verlust des letzten Monats wieder aufgeholt. Mais stieg stärker und erreichte u\$ 165 Mio. pro Tonne, der höchste Preis in drei Jahren. Diese Preiszunahmen bedeuten für Argentinien eine Zunahme des Exporterlöses

um weit über u\$ 1 Mrd.

Die Handelsbilanz schloss im April mit einem Überschuss von u\$ 1,13 Mrd., so dass dieser in den ersten 4 Monaten u\$ 3,15 Mrd. erreichte. April ist der achte Monat in Folge mit einem positiven Saldo. Bis September 2018 war der Saldo lange Zeit negativ. Doch in diesem Monat wirkten sich der Abwertungssprung und die Rezession stark aus. Die Exporte lagen im April mit u\$ 5.03 Mrd. um 1,7% über dem gleichen Vorjahresmonat, und die Importe mit u\$ 4,17 Mrd. um 31,6% unter dem Vorjahr.

Das Schatzministerium hat am Donnerstag der Vorwoche BOTE-Schatzscheine in Pesos für \$ 5,88 Mrd. zu 26,35% untergebracht. Diese Schatzscheine werden von den Banken bei ihren obligatorischen Mindestreserven auf Depositen angerechnet. Mit diesen BOTE wird der Betrag der Titel gedeckt, die verfallen sind. Das erklärt den niedrigen Zinssatz, der weit unter den 71% für Leliq und auch weit unter der Inflation liegt.

Die AFIP hat durch Beschluss 4493 den Betrag, ab dem Arbeitnehmer und Pensionäre eine eidesstattliche Erklärung über ihr Vermögen einreichen müssen, von \$ 1 Mio., die für 2017 galten, auf \$ 1,5 Mio. für 2018 erhöht. Die Zunahme entspricht der Inflation, die das INDEC beim Vergleich des Jahres 2018 mit 2017 auf 47,6% ermittelt hat.

Die Regierung hat bei den Staatsangestellten (etwa 200.000) eine Gehaltserhöhung von 28% verfügt, die schrittweise gezahlt wird: 4% im Juni, 7% im Juli, 7% im August, 5% im Januar 2020 und 5% im Februar. Es gibt keinen Ausgleich für den Reallohnverlust von 2018, aber es ist eine Revision im November und im März vorgesehen. Der Zusatz für perfekte Anwesenheit wurde auch um 28% auf \$ 2.130 pro Monat erhöht. Im Jahr 2018

hatte die Gehaltserhöhung 21% betragen, zu der jedoch der Sonderbonus von \$ 5.000 und weitere feste Beträge hinzugekommen sind. Bei einer Inflation von 47,6% haben die Staatsangestellten einen Reallohnverlust erlitten, was wesentlich zur Verringerung des primären Defizits (in Prozenten des BIP ausgedrückt) beigetragen hat.

Die Pensionen, Hinterbliebenenrenten, Gnadenrenten, Altersrenten und Kindergelder werden ab 1. September um 12,3% erhöht, womit die Mindestpension auf \$ 12.940 steigt. Mit der Zunahme von 10,74%, die ab 1. Juni gilt, und der von 11,83% im März beträgt die Zunahme ab September in diesem Jahr 38,9%. Diese Zunahmen werden auf Grund der Entwicklung des Indices der Konsumentenpreise des INDEC und des Lohnindices des Arbeitsministeriums der vorangehenden Quartale berechnet, so dass die Erhöhung bei zunehmender Inflation hinter dieser zurückbleibt, und bei abnehmender Inflation über diese steigt.

Im März 2019 lagen die Löhne (auf die Pensionskassenbeiträge gezahlt werden) gemäß dem RIPTE-Index des Arbeitsministeriums bei durchschnittlich \$ 38.884, was eine Zunahme von 38,5% gegenüber den \$ 28.072 des gleichen Vorjahresmonats darstellt. Bei einer Inflation, die das INDEC für diese 12-Monatsperiode auf 54,7% ermittelt hat, ergibt sich ein Reallohnverlust von 10,5%. Bei Berücksichtigung der Sozialabgaben, die vom Lohn abgezogen werden, sinkt der Nettobetrag im März auf \$ 32.273.

Der gut informierte Journalist Néstor Scibona berichtet in der Zeitung "La Nación" (26.5.19), dass die Macri-Regierung insgesamt u\$ 2,35 Mrd. in die Eisenbahnen der Bundeshauptstadt und Umgebung investiert hat, die den Personenverkehr bewältigen. u\$ 695 Mio. wurden für automatische Bremsen, Erneuerung von Schienen

und der Signalisierungssysteme, sowie für die Einrichtung von 1.700 Kammern für die Stromversorgung eingesetzt. Bei den Linien Mitre und Sarmiento wurden 24 Züge hinzugefügt, die in Argentinien erzeugt wurden. Abgesehen davon wurden u\$s 580 Mio. in die Hebung der Schienen der Bahnlinien Mitre, San Martín und Belgrano Sud (die noch nicht beendet ist) investiert. Hinzu kommt noch die Elektrifizierung der Roca-Bahn für 250 Mio., und der Bau von 19 Unterführungen bei Bahnkreuzungen für u\$s 150 Mio. Schließlich wurden noch u\$s 370 Mio. in den Tunnel unter der Sarmiento-Bahn von Haedo bis Villa Luro investiert. Der Fortschritt bei den Vororteseisenbahnen, die täglich von Millionen Menschen verwendet werden, ist sehr bedeutend.

Der gleiche Journalist berichtet auch, dass das Staatsunternehmen AYSA, das sich mit der Wasserversorgung und -entsorgung im Raum der Bundeshauptstadt und Umgebung befasst, unter der Macri-Regierung 629.000 Haushalte in das Abwassersystem aufgenommen hat, von denen 136.000 auf den Bezirk "La Matanza" entfallen, der eine kirchneristische Hochburg ist. Außerdem hat AYSA 394.000 Haushalte mit fließendem Wasser versorgt. Insgesamt handelt es sich um eine Investition von \$ 14,72 Mrd. (umgerechnet um die u\$s 800 Mio.), zu denen noch weitere schon verpflichtete Investitionen auf diesem Gebiet für \$ 76,5 Mio. kommen (umgerechnet etwa u\$s 150 Mio.).

Im April 2019 wiesen die Inlandsflüge 16% mehr

Passagiere auf als im gleichen Vorjahresmonat und 61% mehr als im April 2015. Die Zahl der Flüge hat in 12 Monaten zum April um 10% zugenommen und liegt 33% über 2015, berichtet die Luftfahrtbehörde ANAC. Seit 2015 bieten die Firmen Norwegian, JetSmart, Flybondi, Flytest und Avianca Billigflüge an. Sie konkurrieren mit den vorher bestehenden Aerolineas Argentinas, Latam und Andes. Die Zahl der internen Flugverbindungen ist unter der Macri-Regierung von 90 auf 138 gestiegen, und die der internationalen von 92 auf 150.

Die AFIP hat das Formular 969 abgeschafft, das sich auf die Meldung von Transferenzpreisen bei Außenhandelsgeschäften eines lokalen Unternehmens mit seinem Mutterhaus bezieht. Außerdem wurde der Betrag erhöht, ab dem diese Geschäfte der AFIP gemeldet werden müssen. Das Problem mit diesen Transferenzpreisen besteht darin, dass bei Unterfakturierung von Exporten, Gewinne auf ausländische Firmen übertragen werden können, in denen der Gewinnsteuersatz niedriger ist.

Die Säumigkeit bei Bankkrediten ist im März auf 4% gestiegen, etwa doppelt so viel wie im gleichen Vorjahresmonat, berichtet die ZB. Bei Kreditkarten ist der Koeffizient noch höher.

Ein Sparer, der 2018 eine Fristanlage bei einer Bank hatte, hat ca. 40% an Zinsen erhalten. Bei einer Inflation von 47,6% (Durchschnitt des Jahres 2018 bezogen auf 2017) hat er somit 7,6% seines Kapitals eingebüßt, zu denen

jetzt noch 5 Prozentpunkte Gewinnsteuer auf die Zinsen hinzukommen, was 2% auf das Kapital darstellt, so dass der Verlust insgesamt 9,6% ausmacht. Ein Angestellter im Abhängigkeitsverhältnis zahlt für 2018 auf \$ 39.000 monatlich die Gewinnsteuer, und eine selbständig Tätiger ab \$ 27.000 monatlich. In beiden Fällen reicht dieses Einkommen meistens knapp aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Einkommenssteuer (hier Gewinnsteuer benannt) ist hier höher als in den USA u.a. fortgeschrittenen Staaten, weshalb der Anreiz zur Hinterziehung sehr groß ist.

Die Supermärkte, die vom INDEC erfasst werden, hatten im März 2019 einen Umsatz von \$ 51,2 Mrd. Zu konstanten Werten (mit Preisen von Dezember 2016) fand in 12 Monate zum März ein Rückgang von 14,5% statt, der jedoch in Mengen geringer ist, weil ein starker Übergang auf zweite Marken und billigere Produkte stattgefunden hat. Im 1. Quartal 2019 lag der Umsatz bei \$ 141,14 Mrd., was zu konstanten Preisen einen Rückgang von 14,9% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode zum Ausdruck bringt.

Die Grossistensupermärkte wiesen im März einen Umsatz von \$ 8,18 Mrd. aus, und im 1. Quartal einen von \$ 22,11 Mrd., was zu konstanten Werten einen interannuellen Rückgang von 14,6% darstellt.

Die Shopping-Centers wiesen im März eine interannuelle Umsatzzunahme von 26,9% aus, die jedoch zu

konstanten Werten zu einem Rückgang von 16,6% wird.

Im April 2010 gab es in der Bundeshauptstadt 2.774 notarielle Immobilienübertragungen, 53,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat. In Werten waren es \$ 13,81 Mrd., 22,6% unter dem Vorjahr. Die Immobilienkäufe, bei denen ein Hypothekarkredit gewährt wurde, betrugen im April nur 198, ganze 91% unter dem gleichen Vorjahresmonat.

Lateinamerika

Die Regierung von Venezuela hat bekanntgegeben, dass die Inflation 2019 130.060% betrug. Der IWF hatte sie hingegen mit 1,37 Mio. Prozent angegeben. In beiden Fällen handelt es sich um eine extreme Hyperinflation, die u.a. dazu geführt hat, dass der Dollar weitgehend für interne Zahlungen eingesetzt wird. Die Regierung hat ebenfalls zugegeben, dass sich das Bruttoinlandsprodukt seit 2013, als Nicolás Maduro als Präsident angetreten ist, halbiert hat. Der Erdöllexport, der 96% des Exporterlöses darstellt, ist von u\$s 85,6 Mrd. im Jahr 2013 auf u\$s 29,8 Mrd. 2018 gefallen. Die gesamten Importe sind von u\$s 57,18 Mrd. 2013 auf u\$s 14,87 Mrd. 2018 gefallen. Da Venezuela den Bedarf an Lebensmitteln, Medikamenten u.a. Produkte des täglichen Bedarfes vorwiegend mit Importen deckt, erklärt dies den akuten Mangel, der gegenwärtig besteht.

Geschäftsnachrichten

Edding

Dieses deutsche Unternehmen hat seine Fabrik in San Juan geschlossen, und die 18 Arbeitnehmer wurden entlassen. Diese Fabrik war im Jahr 2000 in Betrieb genommen worden, und sie stellte Schreibprodukte, Tafeln u.a. Artikel für den Bürogebrauch her. Die Belegschaft betrug 60 Personen, und die Firma war gut ausgelastet, bis sie jetzt der Rezession zum Opfer fiel und auch langfristig keinen wirtschaftlichen Sinn mehr hatte.

Pampa Energía

Dieser Betreiber von Kraftwerken, kontrolliert von Marcelo Mindlin, hat eine neue Turbine im Kraftwerk Genelba eingesetzt, die 185 MW zusätzlich darstellt. Es handelt sich um Teil einer Gesamtinvestition in diesem Kraftwerk von u\$s 350 Mio. Außerdem hat die Firma den dritten Windpark, in Coronel Rosales, Provinz Buenos Aires, in Gang gesetzt, mit 53 MW und einer Investition von u\$s 70 Mio.

Famiq

Dieser Fabrikant von rostfreiem Stahl hat ein Investitionsprogramm von u\$s 5 Mio. in Angriff genommen. Die Hälfte des Betrages ist für die Technifizierung der Fabrik im Vorort Florida bestimmt, und die andere Hälfte für die Entwicklung der Plattform Famiq Pin, die den Kunden online-Käufe erlaubt. Famiq hat 30.000 Kunden und erzeugt zunächst rostfreie Stahlrohren, dann aber auch rostfreie Bleche u.a Produkte. Famiq hat einen Marktanteil von 40% und konkurriert mit Großunternehmen, wie Arcelor Mittal.

Allianz

Allianz Argentina stellt eine neue Ausgabe der Initiative Allianz World Run vor. Vom 13. Mai bis zum 11. August erhalten alle Belegschaftsmitglieder von Allianz auf der ganzen Welt durch die Anwendung des Systems Runtastic, Kilometergutscheine, die dann für soziale Zwecke eingesetzt werden können. Die Mittel, die die Angestellten der 70 Filialen der Allianz-Gruppe zusammenbringen sind für Projekte der ONG SOS Children's Villages in Nigeria, Burkina Faso, Bangladesch und der Ukraine bestimmt. In Argentinien werden diese Mittel für Prothesen von Händen und Armen bestimmt, die über die Stiftung Atomic Lab erfolgen. Es handelt sich hier um eine Stiftung, die von Gino Tubaro gegründet wurde, die Millionen Menschen auf der Welt mit Technologien letzter Generation hilft. Die Prothesen werden mit 3D-Druck zu niedrigen Kosten erzeugt.

Bonafide

Dieses Unternehmen, das dem chilenischen Carozzi-Konzern gehört, hat eine Investition von fast \$ 600 Mio. beendet, die für die Erneuerung ihrer Fabrik im Vorort San Martín bestimmt ist. Dabei wird die Kapazität für die Erzeugung von Schokolade erhöht und die des Warenlagers vervierfacht. Nach dieser ersten Etappe soll auch die Anlage für Kaffeezubereitung erneuert werden. Bonafide verkauft außer den Produkten mit der eigenen Marke auch solche der Marken Nugaton, Vizzolo und Donuts. Die Firma hat in Argentinien, Chile und Uruguay 270 eigene und von Dritten betriebene Filialen.

Grundlagen für die notwendige Exporterhöhung

Von Juan E. Alemann

Argentinien hat ein Problem mit der Zahlungsbilanz. Als erstes benötigt das Land einen ständigen Überschuss bei der Leistungsbilanz, um die Schulden abzubauen zu können, und das bezieht sich an erster Stelle auf die Handelsbilanz. Die Macri-Regierung hat dabei von Anfang an eine aktive Exportpolitik eingeleitet und als erstes die Exportzölle für Getreide, Ölsaaten und Rindfleisch abgeschafft, und auch die Kontingentierung der Exporte bei Rindfleisch und der Weizen außer Kraft gesetzt, die unter der Regierung von Cristina Kirchner von ihrem mächtigen Handelssekretär Guillermo Moreno eingeführt worden waren, um die internen Preise dieser Produkte durch hohes Angebot niedrig zu halten. Die Macri-Regierung war dabei erfolgreich: Die Landwirte erhöhten sofort die Produktion von Getreide und Ölsaaten und auch den Rinderbestand, so dass schrittweise mehr Rindfleisch produziert und exportiert wird, was dieses Jahr betont zum Ausdruck kommt.

Doch der Erfolg wurde einmal durch die intensive Dürre des Vorjahres und den Preisrückgang für Getreide und Ölsaaten in diesem geschmälert. In der Tat liegen die Exporte gesamthaft immer noch weit unter dem Rekordstand, den sie 2008 mit u\$s 82,98 Mrd. erreicht hatten, als der Sojapreis über u\$s 500 pro Tonne lag, etwa doppelt so viel wie in den 90er Jahren und auch weit über den u\$s 350, die in den letzten Jahren erreicht wurden. Der Gesamtexport lag 2018 um 26% unter 2011, ist aber dennoch viel höher als in den 90er Jahren, als er 1999 auf u\$s 26,43 Mrd. gestiegen war, und auch höher als 2007 (vor der Sojahausschneise), als es nur u\$s 44,70 Mrd. waren. Es gab in den letzten Jahrzehnten einen bedeutenden Fortschritt beim Export, der jedoch jetzt nicht ausreicht, und noch weniger, wenn die Wirtschaft weiter wächst.

Der Handelsbilanzüberschuss steht auf schwachen Füßen

Der Überschuss der Handelsbilanz, der in den letzten Monaten eingetreten ist, ist fast ausschließlich auf einen drastischen Importrückgang zurückzuführen, der grundsätzlich auf die Rezession beruht, zum Teil auch auf dem real höheren Wechselkurs, der bei Importgütern dazu geführt hat, dass sie relativ teurer wurden und somit an Konkurrenzfähigkeit verloren haben. Wenn die Konjunktur wieder aufwärts geht, und auch der Wechselkurs weiter hinter der Inflation zurückbleibt, wird sofort mehr importiert, und dann verschwindet dieser Überschuss. Dessen ist sich die Regierung bewusst, weshalb sie sich besonders um Exportförderung bemüht. Die Opposition vom peronistischen Lager ist hier anderer Meinung: Der Export muss gewiss erhöht werden, aber das reicht bei Weitem nicht, um den Überschuss zu erhalten. Daher müssen die Importe verringert werden. Wie das geschehen soll, wird nicht gesagt. Es kann durch höhere Zölle, Importkontingentierung und auch Importverbote erfolgen.

Wir haben an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass als erstes eine private Preiskontrolle für importierte Güter eingeführt werden muss, bei denen die Preisbestimmung schwierig ist, so dass das Zollamt in dieser Beziehung überfordert ist. Abgesehen davon, dass dabei auch Schmiergelder bezahlt werden. Diese private Kontrolle hat es von 1997 bis 2000 schon gegeben, und sie war erfolgreich. Damals wurden überall unverschämte hohe Unterfakturierungen u.a. Manöver festgestellt, und es besteht kein Grund, um anzunehmen, dass dies jetzt anders ist.

Wenn man den Fall der Handelsbilanz pragmatisch betrachtet, so muss gleichzeitig mit der Exporterhöhung

auch verhindert werden, dass mehr importiert wird, als es sich das Land leisten kann, ohne so weit wie Moreno zu gehen. Doch den zuständigen Regierungsbeamten, an erster Stelle Produktions- und Arbeitsminister Dante Sica, sprechen nur von Exportförderung. Die Importproblematik scheint ihnen fremd zu sein.

Am Donnerstag der Vorwoche hat der Minister ein Exportprogramm bekanntgegeben, mit dem Ziel die Exporte bis 2030 zu verdreifachen und u\$ 193 Mrd. zu erreichen. Dies soll angeblich ohne große Änderungen bei der Exportregelung erreicht werden, vorwiegend durch eine Vervierfachung der Zahl der Exporteure auf 40.000. Sica besteht darauf, dass kleine und mittleren Unternehmen, die nicht exportieren, aber es tun könnten, jetzt den Export aufnehmen, wobei die Regierung zu diesem Zweck die Amtswege, die dabei erforderlich sind, stark vereinfacht hat, indem viele auch per Internet erfolgen. In der Tat sollte ein Verkauf an einen Kunden im Ausland nicht viel anders als einer an einen inländischen sein. Aber dazu fehlt noch viel. Und Sica ist in dieser Beziehung zu optimistisch.

Die wichtigsten Exportsparten

Um zu wissen, von was wir eigentlich sprechen, wenn wir von Exportförderung reden, müssen wir zunächst wissen, wie sich der bestehende Export zusammensetzt. Die Exportgruppen mit über einer Milliarde Dollar waren 2018 folgende (in Mio. Dollar):

Sojabohne	15.050
Kfz	7.955
Erdöl und Petrochemie.....	5.031
Mais.....	4.297
Rindfleisch und Häute.....	3.067
Weizen	2.839
Gold und Silber.....	2.633
Fisch	2.148
Stahl- u. Stahlprodukte.....	1.066

Diese Produkte machen insgesamt 73,5% der Gesamtexporte aus. Der Rest beläuft sich 2018 auf u\$ 5,58 Mrd. Die Sojabohne, die erst 1975 zögernd aufkam, und 1981

nur 3 Mio. Tonnen erreichte, hat ab 1996 den Sprung auf über 50 Mio. Jato unternommen, als die genetisch veränderte Art zugelassen wurde, die das Glyphosat erträgt, das das Unkraut vernichtet. Dadurch entfällt die kostspielige mechanische Unkrautbekämpfung, die vorher üblich war, und der Anbau von Sojabohne wurde sehr rentabel. Darin liegt das Geheimnis diese Sprunges der Produktion.

Mit der Sojabohne kam auch die Bedeutung von China als Handelspartner auf. Ohne China, die Soja in hohen Mengen für die Mästung von Schweinen einsetzt, wäre die Soja schwer verkäuflich. China spielt jetzt auch bei Rindfleisch eine Hauptrolle, und sichert den Absatz für viel höhere Exporte. Der Aufstieg von China zu einer wohlhabenderen Gesellschaft hat für Argentinien eine große Bedeutung.

Die Mercosur-Problematik

Der hohe Export von Automobilen, Lastwagen und "pick ups" ist nur dank dem Systems des kompensierten Austausches beim Kfz-Handel mit Brasilien möglich, das unbedingt beibehalten werden muss. Im Mercosur-Abkommen wurde bestimmt, dass Kfz-Importe und Exporte wertmäßig etwa gleich sein müssen, wobei eine Abweichung gestattet wird, zunächst von 20% und dann von 50%, was zu viel ist, und in letzter Zeit nicht immer eingehalten wurde. Zeitweilig wurde 2017 doppelt so viel aus Brasilien importiert wie nach dort exportiert wurde, was mit zum hohen Handelsbilanzdefizit jener Periode beigetragen hat. Das hätte nicht geduldet werden sollen.

Gemäß Mercosur-Abkommen hätte der kompensierte Kfz-Austausch schon seit Langem abgeschafft werden müssen. Die argentinischen Unterhändler haben sich bei der Redaktion des Abkommens im Jahr 1991 den Fall nicht überlegt. Argentinien kann sich einen freien Kfz-Handel mit Brasilien nicht leisten, weil die brasilianische Kfz-Industrie geringere Kosten hat, wegen niedrigerer Arbeitskosten, billigerem Stahl und Blech, und auch billi-

geren Zubehörteilen. Außerdem sind die Fabriken größer, und die höheren Mengen verringern auch die Kosten. Die lokale Kfz-Industrie würde dabei stark schrumpfen und der Kfz-Export würde faktisch verschwinden.

In bestimmten Fällen, wie diesem, muss man eben einen verwalteten Außenhandel in Betracht ziehen. Das hat Sica jedoch nicht erwähnt. Auch bei Schuhen und Denim-Stoffen, die Brasilien nach Argentinien liefert, musste vor Jahren eine freiwillige Beschränkung eingeführt werden, um den Zusammenbruch der lokalen Industrie zu vermeiden. Kfz u.a. Einzelfälle stellen das Kernproblem bei den Mercosur-Verhandlungen dar, die angeblich bald erfolgen sollen.

Wenn der Mercosur als vollständig freier gemeinsamer Markt aufgefasst wird, wird er so viele Probleme aufwerfen, dass er schließlich platzen wird. Er muss als "unvollständiger" gemeinsamer Markt, also mit Ausnahmeregelungen, verstanden werden, also mit kompensierten Kfz-Austausch und mit Quoten. Der gegenwärtige Zustand, bei dem der Vertrag stillschweigend in bestimmten Aspekten, wie auch der gemeinsame Zollsatz gegenüber Drittländern, nicht eingehalten wird, ist unhaltbar. Entweder man geht auf eine Freihandelszone oder auf einen unvollständigen gemeinsamen Markt über.

Die vielen anderen Exportsparten

Zur der oben aufgeführten Liste der wichtigsten Exportprodukte kommt noch eine Vielzahl anderer Produkte mit Exporten von unter einer Milliarde im Jahr hinzu. Es sind folgende: Aluminium (u\$ 937 Mio.), Milchprodukte (u\$ 872 Mio.), Pharmaprodukte (u\$ 869 Mio.), Gerste (u\$ 837 Mio.), Sonnenblume (u\$ 756 Mio.), Erdnuss (u\$ 717 Mio.), Holz und Holzprodukte (u\$ 667 Mio.), Textilien (u\$ 585 Mio.), Äpfel und Birnen (u\$ 418 Mio.): Geflügel (u\$ 324 Mio.), Tabak (u\$ 300 Mio.), Bohnen (porotos, u\$ 296 Mio.), Kupfer (u\$ 287 Mio.), Lithium (u\$ 276 Mio.), Honig (u\$ 189 Mio.), Kartoffeln (u\$ 176 Mio.), Reis (u\$ 172 Mio.), weitere Obstarten (u\$ 169 Mio.), Oliven (u\$ 156 Mio.), Knoblauch (u\$ 132 Mio.), Kichererbsen (garbanzos, u\$ 121 Mio.), Zucker (u\$ 120

Mio.), Blei (u\$ 108 Mio.), Blaubeeren ("arándanos", u\$ 107 Mio.), Pferde (u\$ 104 Mio.), Yerba Mate (u\$ 97 Mio.), Tee (u\$ 94 Mio.), Zitrusobst (ohne Zitronen, u\$ 92 Mio.), Gemüse (u\$ 65 Mio.), weitere Metallerze (u\$ 58 Mio.). Hinzu kommt dann noch ein Rest, der insgesamt u\$ 5,58 Mrd. ausmacht.

Bei vielen dieser Produkte kann man eine bedeutende Exportzunahme erwarten, besonders bei Lithium, Holz und Holzprodukten und auch bei Zitronen und Zitronensaft, die oben nicht aufgeführt werden, weil der Export noch gering ist. Denn Argentinien erzeugt in Tucumán die besten Zitronen der Welt und das Exportpotential ist sehr groß und kann jetzt, nachdem die USA den Import von Zitronen wieder zugelassen haben, in zunehmenden Exporten zum Ausdruck kommen.

Konkrete Maßnahmen

Wenn man von einer so bedeutenden Exporterhöhung spricht, wie sie Minister Sica vorschwebt, muss man sich zunächst im Klaren sein, auf was sich dies bezieht. Halten wir in diesem Sinn Folgendes fest:

► Bei den großen landwirtschaftlichen Produkten geht es zunächst um eine höhere Produktion, die bei Beibehaltung der bestehenden Politik schrittweise erreicht werden kann. Die Produktion von Getreide und Ölsaaten kann vom gegenwärtigen Rekord von ca. 140 Mio. Tonnen theoretisch noch auf 200 Mio. erhöht werden, eventuell auch durch künstliche Bewässerung in trockenen Gegenden. Auch die Rindfleischproduktion kann stark erhöht werden, durch Zunahme des Bestandes, aber auch durch eine Erhöhung der Geburtenrate, die noch anormal niedrig ist, und auch durch ein höheres Gewicht der Rinder, die geschlachtet werden.

► Bei den vielen anderen landwirtschaftlichen Produkten muss sehr viel Kleinarbeit geleistet werden. Aber die Exportmöglichkeiten sind enorm.

► Beim Bergbau wird mit einer zunehmenden Förderung und auch höheren Exporten gerechnet. Jetzt kommt noch

Lithium hinzu, bei dem sich große Projekte in Gang befinden, wobei der Absatz gesichert ist, dank Elektrifizierung der Fahrzeuge und auch wegen der Sonnenenergie, die tagsüber gespeichert werden muss, um sie nachts einzusetzen.

► Bei Erdöl und Gas besteht dank Vaca Muerta die Aussicht auf bedeutende Exporte. Doch dies erfordert, dass der internationale Erdölpreis relativ hoch bleibt. Außerdem müssen zu diesem Zweck noch viele Milliarden Dollar investiert werden, was eine investitionsfreundliche Haltung voraussetzt, die bei einem eventuellen Regierungswechsel nicht gesichert wäre.

► Grundsätzlich muss versucht werden, die Rohstoffe mit mehr Mehrwert zu exportieren. Also Mehl und Teigwaren statt Weizen, Speiseöl statt Sojabohne, Sonnenblume und Erdnuss, Leder statt Rinderhäute. Dies wurde bis vor kurzem durch Exportzölle auf die Rohstoffe und keine auf deren industrielle Produkte gefördert, was jetzt abgeschafft wurde. Doch grundsätzlich handelt es sich darum, dass die EU u.a. Staaten die Diskriminierung abschaffen, die gegenwärtig gegenüber den verarbeiteten Produkten besteht. Speiseöl, Leder, Mehl und Teigwaren werden mit einem viel höheren Zollsatz belastet als ihre Rohstoffe. Dieses Thema wird auch bei den Verhandlungen des Mercosur mit der EU über ein Freihandelsabkommen ignoriert, was unverständlich ist.

► Bei reinen Industrieprodukten, also solchen, die nicht auf einer Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe beruhen, ist die Exporterhöhung schwierig, weil eine intensive internationale Konkurrenz besteht, und Argentinien weder mit niedrigen Arbeitskosten, noch mit hohem Kapitaleinsatz konkurrieren kann. Beim Industrieexport muss man eher versuchen, Nischen zu entdecken. Unlängst hat eine lokale Firma ein Exportgeschäft von 20 Baumwollernemaschinen nach Sudan abgeschlossen. Und eine andere Firma exportiert Anlagen für die Abfüllung von Flaschen von nicht alkoholischen Getränken am laufenden Band. Landwirtschaftliche Maschinen werden auch exportiert, wobei Erntemaschinen schon im 19. Jahrhundert nach den USA geliefert wurden. Es gibt bestimmt viele Exportmöglichkeiten dieser Art, die jedoch meistens mühsam sind. Und das wirkt abschreckend.

► Hinzu ist in den letzten Jahren der Export von Informatiksoftware hinzugekommen, der letztes Jahr schon u\$ 6 Mrd. erreicht hat und laut Regierungssprechern in

einigen Jahren u\$ 15 Mrd. erreichen soll. Dies wird durch Steuervergünstigungen gefördert, die in einem jüngsten Gesetz festgelegt wurden. In Argentinien weisen sehr viele Menschen ein besonderes Talent auf diesem Gebiet auf, das jetzt auch beim Export eingesetzt wird.

Erfolge und Kostensenkungen

Dante Sica wies in einem Artikel in der Zeitung "La Nación" (23.5.19) darauf hin, dass die Regierung 170 neue Märkte in über 100 Ländern für landwirtschaftliche Produkte und auch deren industrielle Produkte erschlossen habe. Minister Sica erwähnt, dass in den ersten Monaten 2019 die Exporte nach Asien um 18% gestiegen seien, mit plus 120% im Fall von Südkorea und 54% bei Indonesien. Er sagte jedoch nichts über China und Indien, die zwei bei weitem wichtigsten Märkte Asiens. Auch bei Lieferungen nach dem mittleren Orient und Afrika habe es bedeutende Fortschritte gegeben: Saudi-Arabien mit +25%, Angola mit +38% und Tunesien mit +146%. Es seien auch Schritte eingeleitet worden, um mehr Handelsabkommen (mit Zollsenkungen u.a. Erleichterungen) zu erreichen.

Die sogenannten Logistikkosten (womit an erster Stelle Transportkosten gemeint sind), die beim Export stark ins Gewicht fallen, sind schon gesenkt worden und werden weiter sinken. Das bezieht sich an erster Stelle auf die Erneuerung der Belgrano-Frachteisbahn, die den Frachttarif bei Produkten des Nordwestens stark verringert, aber auch auf Autobahnen, die den Lastwagenverkehr erleichtern und verbilligen, auf Hafenerweiterungen und Verbesserungen und schließlich auch auf eine bessere Vorfinanzierung. Die Exportmöglichkeiten sind weitgehend kostenbedingt, so dass versucht werden muss, allerlei Kosten zu verringern, an erster Stelle die sogenannten "argentinischen Kosten", womit solche benannt werden, die nur in Argentinien bestehen. Viele, an erster Stelle die überhöhten Hafenkosten, wurden schon unter der Menem-Regierung abgeschafft. Andere verbleiben noch.

Wichtig bei der Exportpolitik ist, dass sie durchgehalten wird. Sollte im Dezember eine andere Regierung antreten, dann ist es wichtig, dass sie die Exportpolitik der Macri-Regierung fortsetzt, auch wenn sie sich um eine Beschränkung der Importe bemüht. Denn das eine schließt das andere nicht aus.